

ESG-Experte von ThomasLloyd

Der steinige Weg zur Netto-Null

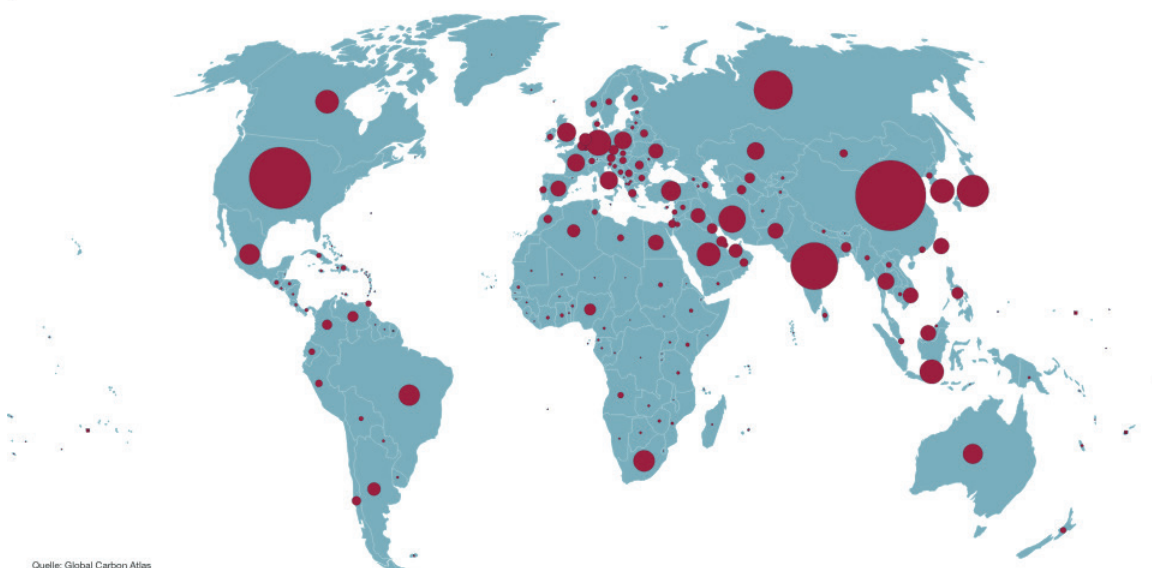
Die Klimapolitik steht im Mittelpunkt internationaler Konferenzen, allerdings engagieren sich nicht alle Staaten gleich. ESG-Experte Nick Parsons von der Investmentgesellschaft ThomasLloyd erklärt, vor welchen Herausforderungen Politiker aktuell stehen.

Die Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, kurz: COP) ist das oberste Entscheidungsgremium der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz: UNFCCC). Es bezeichnet auch die jährlichen Treffen aller Vertragsstaaten der Konvention. Diese Treffen sind nummeriert, beginnend mit der ersten Konferenz in Berlin, Deutschland, im März 1995. Die COP tagt in Bonn, dem Sitz des Sekretariats, es sei denn, eine Vertragspartei bietet an, die Sitzung auszurichten. Großbritannien wird Gastgeber der nächsten Sitzung, COP26, vom 1. bis 12. November 2021 in Glasgow, Schottland sein.

COP-Konferenzen unterscheiden sich von den meisten anderen internationalen Treffen dadurch, dass Ergebnisse nur im Konsens verabschiedet werden können. Es gibt weder einen Mechanismus für einfache noch für qualifizierte Mehrheitsabstimmungen. Während dies häufig als Schwäche angesehen wird, stellt es in den Fällen, in denen sich alle Nationen – mit oft divergierenden Interessen – tatsächlich auf bestimmte Vorschläge einigen können, andererseits auch eine Stärke dar.

Trotz ihrer Geschichte und guten Absichten gibt es wohl nur zwei COP-Treffen, die einen großen Einfluss auf die internationale Gemeinschaft hatten: COP3 in Kyoto, Japan im Jahr 1997 und COP21 in Paris, Frankreich, im Jahr 2015. Im Wesentlichen wurden im Kyoto-Abkommen Emissionsziele für die sechs wichtigsten Treibhausgase für den Zeitraum von 2008 – 2012 festgelegt, die dann auf eine Reihe von Industrieländern angewendet wurden.

Globale CO₂-Emissionen nach Ländern: Gesamter Ausstoß weltweit 36,441 Mrd. Tonnen (2019)



2015: Das Pariser Abkommen – ein echter Durchbruch in den Klimaverhandlungen

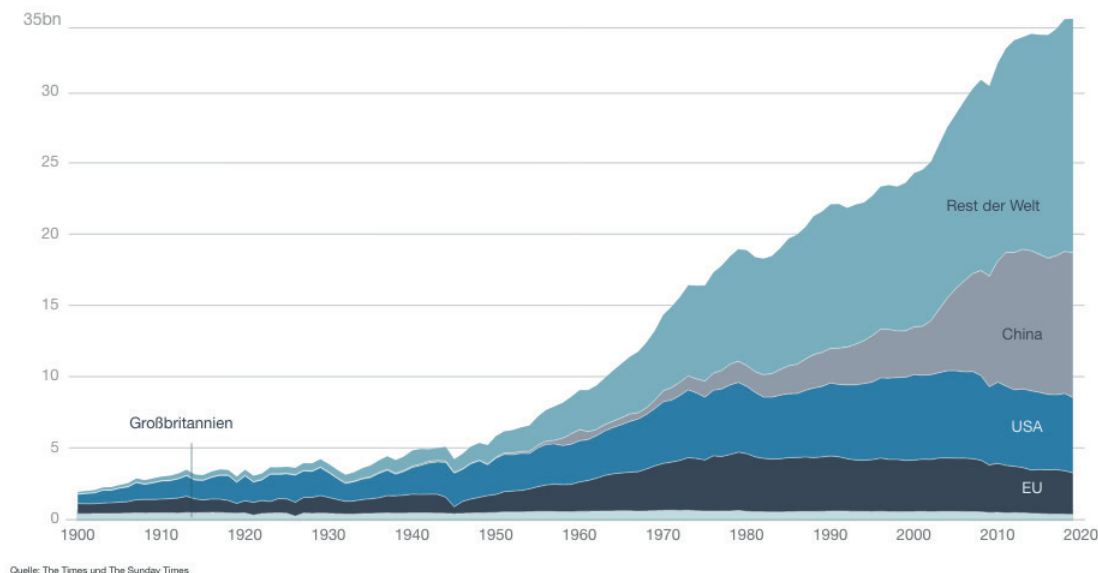
Das COP21-Treffen in Paris 2015 markierte einen entscheidenden Durchbruch in der schwierigen Post-Kyoto-Periode. Es beendete die Pattsituation über die Aufteilung der Verantwortung für die Emissionsreduzierung und adressierte das Problem, dass das Kyoto-Protokoll von 1997 nur für die entwickelten Industrieländer der Welt Ziele gesetzt hatte. Zum Zeitpunkt der Pariser Konferenz war China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und Indien war auf Platz 7 aufgestiegen.

Die radikale, aber einfache Lösung für die Verteilung der Lasten, auf die man sich auf dem COP21-Treffen in Paris 2015 einigte, bestand darin, dass die Länder ihre eigenen Ziele definieren sollten. Darüber hinaus sollten sie diese transparent kommunizieren und versuchen, ihre Verpflichtungen alle fünf Jahre zu verstärken, um die Welt auf dem Weg zur vereinbarten Begrenzung der globalen Erwärmung zu halten. Um den notwendigen Konsens unter allen teilnehmenden Nationen zu erreichen, erhielten die Entwicklungsländer von den Industrieländern die Zusage, jährlich 100 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Geldern zur Verfügung zu stellen, um ihnen bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen und Strategien für ein kohlenstoffarmes Wirtschaftswachstum zu verfolgen.

CO₂-Emissionen steigen trotz Pariser Abkommen weiter an

Das Pariser Abkommen markierte eine wichtige Etappe in der internationalen Zusammenarbeit zur Verlangsamung des Klimawandels. Tatsache bleibt jedoch, dass die CO₂-Emissionen seitdem dennoch insgesamt weiter gestiegen sind und sich im Jahr 2019 auf 36,441 Milliarden Tonnen beliefen.

Langzeitentwicklung der CO₂-Emissionen



Kürzlich veröffentlichten Untersuchungen zufolge sanken die globalen CO₂-Emissionen im Jahr 2020 um etwa 7 Prozent, während die International Energy Association (IEA) den Rückgang der energiebezogenen CO₂-Emissionen mit -5,8 Prozent beziffert. Der Rückgang der Emissionen scheint in den USA, der EU27 und Indien ausgeprägter zu sein, was teilweise auf bereits bestehende Trends zurückzuführen ist, während er in China, wo die Beschränkungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 früh im Jahr erfolgten und die Sperrmaßnahmen zeitlich begrenzter waren, viel weniger deutlich ausfiel.

Unabhängig von der landläufigen Meinung ist es eine Tatsache, dass die CO₂-Emissionen in Europa und den Vereinigten Staaten seit über einem Jahrzehnt einen allmählichen Abwärtstrend aufweisen, während sie in China und dem Rest der Welt – angeführt von Indien – weiter ansteigen. Dies sollte nicht überraschen, denn die asiatischen Volkswirtschaften verzeichnen sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung als auch bezüglich ihrer Bevölkerungszahlen ein starkes Wachstum. Sie befinden sich in der transformativen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, die Europa im 20. Jahrhundert so stark gemacht hat. Die wirtschaftliche Stärke, derer wir uns heute erfreuen, wurde durch Produktion und Verschmutzung über viele Jahrzehnte hinweg begründet, und ein großer Teil des CO₂ verbleibt, einmal emittiert, für Hunderte von Jahren in der Atmosphäre. Ein klarer Handlungsbedarf besteht somit weiterhin.

Die Länder beschleunigen Zusagen

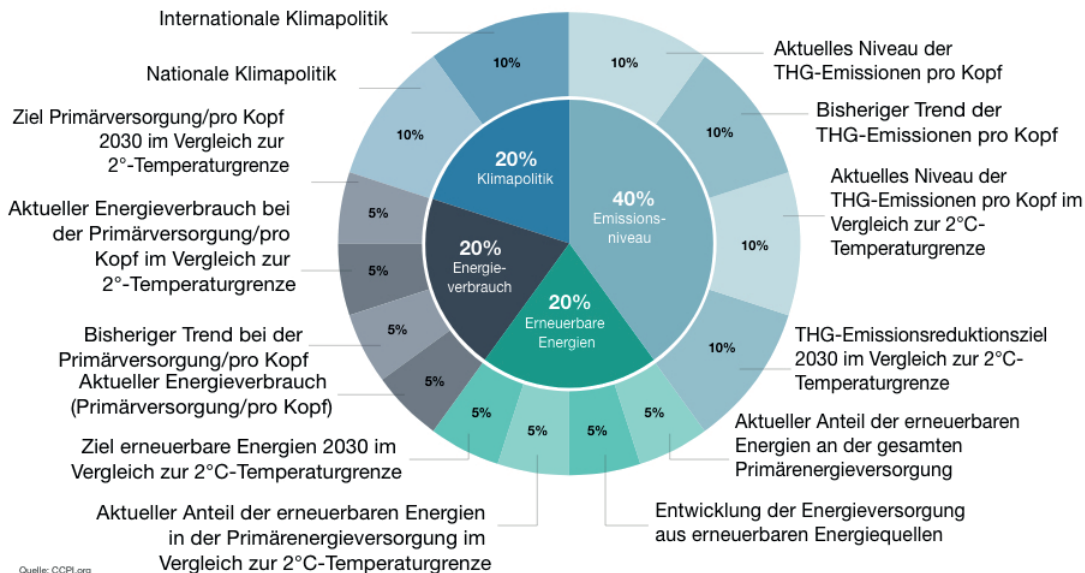
Nachdem auf der COP21 in Paris das Prinzip selbstbestimmter Emissionsziele eingeführt wurde, scheint es wenig Initiative zur Rückkehr zum früheren „Top-Down-Ansatz“ zu geben. Stattdessen werden die Länder die Zeit vor der COP26 wahrscheinlich damit verbringen, sich zu positionieren, um ihr eigenes Umweltimage aufzupolieren. Als Gastgeber des Treffens im November in Glasgow hat Großbritannien zum Beispiel kürzlich seine Verpflichtungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen erhöht. Großbritannien hat seine Emissionen seit 1990 bereits um 45 Prozent reduziert und kündigte letztes Jahr das Ziel an, die Emissionen bis 2030 um 68 Prozent zu senken, verglichen mit dem Basisjahr 1990. Im April 2021 versprach es eine Beschleunigung auf eine 78-prozentige Reduktion bis 2035 und war das erste große Industrieland, das sich ein rechtlich verbindliches Ziel gesetzt hat, seine Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null zu reduzieren.

Nur sechs große Länder haben Gesetze, die sie zu Netto-Null-Emissionen verpflichten – Schweden bis 2045, Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Neuseeland und Ungarn bis 2050. Andere Länder wie Japan und Südkorea haben sich verpflichtet, das Ziel bis 2050 zu erreichen, während Chinas öffentlich erklärtes Ziel derzeit darin besteht, bis 2060 kohlenstoffneutral zu werden und seine Emissionen vor 2030 zu senken. Auf einem virtuellen Gipfeltreffen, das zeitgleich mit dem Tag der Erde am 22. April stattfand, verpflichtete sich Präsident Biden, die Kohlenstoffemissionen der USA bis zum Jahr 2030 um 50 bis 52 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken, und sagte, es sei ein moralischer und wirtschaftlicher Imperativ, sofort gegen den Klimawandel zu handeln.

Während 40 Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel zum Tag der Erde versuchten, ihre grünen Referenzen zu verkünden, stellte der Redakteur von Bloomberg New Energy Finance in seinem Blog fest, dass der Ausdruck Netto-Null im Jahr 2016 – dem Jahr nach der Pariser Klimakonferenz – nur 81 Mal in Bloomberg-Nachrichtenartikeln erschien. Im Jahr 2021 ist er innerhalb von nur dreieinhalb Monaten bisher 1.400 Mal erschienen.

Der Climate Change Performance Index (CCPI), der jährlich von Germanwatch, dem New Climate Institute und dem Climate Action Network veröffentlicht wird, misst die Klimaschutzanstrengungen von 57 Ländern plus der EU, die zusammen 90 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursachen, um internationale Vergleiche zu ermöglichen. Der CCPI aggregiert die Leistungen auf der Basis einer breiten Palette von Messgrößen und ordnet die Länder nach ihren Ergebnissen ein. Der CCPI verwendet standardisierte Kriterien und betrachtet vier Kategorien mit 14 Indikatoren: Treibhausgasemissionen (40 Prozent der Gesamtpunktzahl), erneuerbare Energien (20 Prozent), Energienutzung (20 Prozent) und Klimapolitik (20 Prozent).

Components of the Climate Change Performance Index (CCPI)



Mit Werten auf einer Skala von 100 qualifiziert sich selbst das Land mit der besten Leistung, Schweden, nicht für die «sehr hohe Bewertung» des CCPI, obwohl dreizehn als „hoch“ und weitere vierzehn als „mittel“ eingestuft werden. Es ist klar, dass noch viele Fortschritte nötig sind.

Top-Länder im Climate Change Performance Index (CCPI)

Schweden	74.42	Schweiz	60.85
Großbritannien	69.66	Litauen	58.03
Dänemark	69.42	European Union (28)	57.29
Marokko	67.59	Portugal	56.80
Norwegen	65.45	Kroatien	56.69
Chile	64.05	Deutschland	56.39
Indien	63.98	Ukraine	55.48
Finnland	62.63	Luxemburg	55.32
Malta	62.21	Ägypten	54.33
Lettland	61.88	Frankreich	53.71

Quelle: CCPI.org

Ehrgeizige Ziele und hohe Erwartungen

Viele Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, Aktivisten und Wissenschaftler setzen nun große Hoffnungen in die diesjährige Konferenz. Covid-19 hat die Prioritäten neu gesetzt und sowohl Einzelpersonen als auch Regierungen dazu bewegt, Umweltbelangen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Viele Länder versuchen nun nach der Pandemie, ihre Wirtschaft „grüner“ wiederaufzubauen. Im April 2021 legte der britische Premierminister Boris Johnson die wichtigsten Ziele Großbritanniens für das COP26-Treffen dar, das vom 1. bis 12. November in Glasgow stattfindet. Er richtet einen Aufruf zum Handeln an die Welt: „Wir wollen, dass sich alle Nationen verpflichten, bis zur Mitte des Jahrhunderts Netto-Null-Kohlenstoffemissionen zu erreichen, wobei sich so viele wie möglich verpflichten, das Ziel bis 2050 zu erreichen, und ehrgeizige Verpflichtungen zur Reduzierung der Emissionen bis 2030 einzugehen, um uns dorthin zu bringen, wie es Großbritannien getan hat.“

Wie Alok Sharma, der ehemalige Wirtschaftsminister der britischen Regierung, der jetzt Präsident der COP26 ist, schrieb: „Dies ist eine globale Anstrengung – dem Klima ist es egal, ob die Emissionen aus Großbritannien, Bahrain oder Brasilien kommen. Wenn sich also die Länder der Welt in Glasgow zur COP26 treffen, müssen wir uns zusammenreißen und gemeinsam diese Krise ein für alle Mal lösen.“

Die Pandemie hat das Verständnis dafür geschärft, dass der Klimawandel, wie die Covid-19-Pandemie, das Finanzsystem auf den Kopf stellen könnte. Die Energiewende ist eine riesige Chance für öffentliche und private Marktinvestoren und Finanziers. Wie Mark Carney, UN-Sonderbeauftragter für Klimapolitik und Finanzen und Finanzberater des Premierministers für die COP26, darlegt, „wird jedes Unternehmen, jede Bank, jeder Versicherer und jeder Investor seine Geschäftsmodelle anpassen, glaubwürdige Pläne für den Übergang entwickeln und diese umsetzen müssen“.

Über den Autor: Nick Parsons ist Leiter Research & ESG bei der Investmentgesellschaft Thomas Lloyd.